

Forschung/Publikationen/Zeitschriften/Österreich

Wissenschaftspublikationen: Unis wehren sich gegen Verlage

Utl.: Holländischer Uni-Präsident: Publiziert Open Access und seid transparent - Forscherin: Brauchen System, das für beide Seiten von Vorteil ist =

Wien (APA) - Universitäten geben ca. 1,5 Prozent ihres Budgets für Publikationen wissenschaftlicher Verlage aus. Aufgrund deren weitgehender Monopolstellung und Preiserhöhungen haben sich immer mehr Unis zusammengetan, um für eine neue Publikationskultur zu kämpfen. Im Endeffekt brauche man ein System, das für beide Seiten von Vorteil sei, waren sich Mittwochabend Experten bei einer Diskussion in Wien einig.

Die Hochschulen befinden sich dabei in einem Dilemma: Ihre Wissenschaftler sind für ihre Arbeit auf die Publikationen - ob in gedruckter oder elektronischer Form - angewiesen. Gleichzeitig fungieren die Forscher als Gutachter für die Magazine und publizieren dort ihre eigene Arbeit. Im Regelfall bringen dabei genau die Veröffentlichungen in "teuren" Magazinen mit sogenanntem hohem Impact-Faktor wichtige Reputation für das eigene Fortkommen und die Einwerbung von Drittmitteln bzw. ist sogar eine Maßzahl für die Mittelzuteilung an die Unis und nicht zuletzt für Hochschulrankings.

In den Niederlanden hat sich dagegen der stärkste Widerstand gebildet: Dort haben sich die Unis unter Führung ihrer Präsidenten zusammengeschlossen und dem Verlag Elsevier einen Boykott angedroht. Ziel ist, dass bis 2024 alle Arbeiten niederländischer Wissenschaftler frei zugänglich (Open Access) erscheinen.

Die hohen Preise seien nicht einzusehen, betonte der Präsident der Radboud Universiteit Nijmegen, Gerard Meijer, in der Veranstaltungsreihe "Club Research". Die Verlage würden weder die Autoren der Publikationen noch die Gutachter anstellen. Mittlerweile würden Spitzen-Titel pro Institution bis zu 40.000 Euro pro Jahr kosten. Nicht einmal das wisse man genau, weil die Verlage den Unis Geheimhaltungsklauseln auferlegen.

Dieses System müsse geändert werden, betonte Meijer. Die Forschung werde größtenteils vom Staat und damit dem Steuerzahler finanziert - gleichzeitig habe die Öffentlichkeit aber praktisch keinen Zugriff darauf. "Forschungsgelder sollten an die Wissenschaftler gehen, nicht an die Verlage." Die Universitäten würden sich dabei nicht einmal gegen angemessene Preise wehren: Grundforderung sei aber die Umstellung auf ein Open Access-Modell.

Und dieses Modell hat in den vergangenen Jahren durchaus an Land gewonnen: Viele Forscher lehnen bereits Gutachtertätigkeiten für Journale ab, die nicht allgemein zugänglich erscheinen. In Österreich forciert der Wissenschaftsfonds FWF das Thema.

Anders als Elsevier geht der Springer Verlag mit dem Thema um: Durch ein Lizenzmodell zwischen dem Verlag und dem Österreichischen Bibliothekskonsortium erhalten 34 wissenschaftliche Einrichtungen Zugriff auf über 2.000 Springer-Zeitschriften, ihre Forscher können zudem bei Springer Open Access publizieren. Juliane Ritt, Vizepräsidentin für Open Access bei Springer Nature, brach eine Lanze für die Verlage: Diese böten den Autoren wichtige Serviceleistungen an - das reiche von Informationen und Lehrgängen zur effizienten und schnellen Produktion wissenschaftlicher Artikel über Hilfe bei der Einreichung bis zur schnellen Veröffentlichung und richtigen "Platzierung".

Der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Matthias Karmasin (Uni Klagenfurt) hält die unterschiedlichen Interessen von Verlagen, Forschern und Unis "für legitim, aber leider auch inkompatibel". Der Wissenschaftler bzw. die Uni wollten einen kostengünstigen Zugang zu qualitativ hochwertigem Wissen, die Verlage eben Geld verdienen: "It's capitalism, baby!" Das gehe eben nicht zusammen. Die Digitalisierung werde aber letztlich auch die wissenschaftliche Verlagswelt nicht

verschonen: "Fragen Sie einmal einen Zeitungsherausgeber, was er von Google News hält." Im Endeffekt werde es im Kräftemessen zwischen Unis und Verlagen darum gehen, dass nicht einer auf der Strecke bleibe.

Die ehemalige Forschungs-Vizerektorin der Uni Wien, Susanne Weigelin-Schwiedrzik, sah bei Forschern "eine Tendenz zum Konservativismus in der Frage der Umstellung ihrer Publikationskultur". Deshalb habe es bei vielen in Sachen Open Access "zunächst nicht gefunkt". Vielfach sei man daher nicht in der Lage, so schnell auf Open Access umzustellen. "Deshalb konnte diese vollkommen richtige Idee nicht Realität werden." Nun müsse man achtgeben, "dass wir nicht so langsam in unserer Reaktionszeit sind, dass dieses System von den Verlagen gehijackt wird, um ihre Interessen darin durchsetzen und wir wieder hinterherlaufen". Man brauche daher ein System, das für beide Seiten von Vorteil ist.

(Schluss) aku/cm/ww

APA0135 2015-10-22/10:19

221019 Okt 15

Kategorien:

Wissenschaft/Forschung

Wissenschaft/Forschung/Publicationen

Kunst & Kultur/Medien/Zeitschriften

Geobezug:

Österreich/Österreichweit

Klicken Sie auf die unterstrichenen Wörter, um weitere Meldungen zu diesen Themen zu bekommen.